

Eine öffentliche Diskussion tut dringend Not - Erschreckende Zahlen und Aussichten

Altersarmut fordert Kommunen und Politik heraus

Es gibt genügend Gründe, über Altersarmut in Deutschland zu sprechen. Ein Blick in die wenigen verfügbaren Statistiken zeigt, wie dringend notwendig eine öffentliche Diskussion des Themas ist.

Bereits im Jahr 2004 lag die Altersarmut bei 15 Prozent. Sie betraf damit mehr als jeden fünften Menschen über 65 Jahren und lag zwei Prozent über der Armutsquote für die deutsche Gesamtbevölkerung.

Schon im Fünften Bericht zur Lage der älteren Generation in Deutschland stellte die Sachverständigenkommission fest, dass sich die zukünftige Einkommenslage der Älteren auf Grund ökonomischer und politischer Entwicklungen deutlich von der jetzigen unterscheiden wird. Auch internationale Institutionen wie die EU oder die OECD erwarten hierzulande künftig zunehmende Altersarmut, vor allem, weil Deutschland bei den Rentenhöhen für Geringverdiener unter den 30 OECD-Ländern an letzter Stelle liegt. Auch die Deutsche Rentenversicherung bewertete die zunehmende Ausweitung des Niedriglohnsektors als kritisch und mahnte bei der Bundesregierung ein umfassendes Konzept gegen Altersarmut an.

Frauen und Geringverdiener

Von einer Armutsquote, die doppelt so hoch ist wie die der Gesamtbevölkerung, sind allein lebende Frauen und Hochaltrige besonders stark betroffen, was eng mit ihrer Erwerbsbiographie, mit Kindererziehungszeiten und sonstigen Versorgungsleistungen von Frauen dieser Generationen zu-



Unsere Autorin Dr. Antje Richter-Kornweitz arbeitet bei Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V.

sammenhängt. Momentan stellt diese Gruppe nur eine Minderheit dar, doch zukünftig hat die Hälfte aller heute erwerbstätigen Frauen Ansprüche unter 683,- Euro zu erwarten.

Rentenexperten sind davon überzeugt, dass sich die verschlechterte Arbeitsmarktlage bereits heute auf die Rentenhöhen auswirkt. Schon 2004 gab es Abschläge durch früheren Renteneintritt wegen Arbeitslosigkeit oder Altersteilzeit von im Durchschnitt 14 Prozent (175 /Monat) sowie ein durchschnittliches Rentenniveau für Geringverdiener (bis netto 900,- pro Monat), das bei 506,- Euro im Monat liegt. Künftig sind weiter reichende Einschnitte zu erwarten, vor allem für Geringverdiener ohne eine lückenlose Erwerbsbiographie, für Teilzeitkräfte (Frauen!) sowie für alle mit längeren Phasen von Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus sind jetzt bereits besonders hohe Armutsquoten bei älteren Mi-

grantinnen und Migrantinnen zu finden. Sie hatten während der Erwerbszeiten geringere Einkünfte als Nicht-Migrantinnen und müssen daher bis zu sechsmal häufiger im Alter (ergänzende) Sozialleistungen beziehen. Besonders hart trifft es auch hier allein stehende Frauen.

Krasse Spuren

Niedrige Löhne, Mini-Jobs sowie die anhaltend hohen Arbeitslosigkeitsquoten werden also zukünftig die materielle Armut im Alter steigern. Situationsverschärfend wirken auch die demografische Entwicklung und gesellschaftliche Veränderungen wie die Zersiedelung von Familien und Veränderungen von Familienformen. Der Ruf nach Flexibilität und nahezu unbegrenzter Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt hinterlässt dabei krasse Spuren. In vielen Regionen wird aufgrund des Bevölkerungsrückgangs langfristig ein deutlicher Abbau von Infrastrukturen, z.B. im Bereich der gesundheitlichen Versorgung, der Freizeitaktivitäten, Einkaufsmöglichkeiten und des öffentlichen Nahverkehrs erfolgen, wenn dies nicht schon bereits geschehen ist. Viele ältere Menschen sind davon aufgrund ihrer eingeschränkten Mobilität besonders stark betroffen. Gleichzeitig werden durch niedrigere Geburtenraten oder räumliche Distanz zu den Angehörigen weniger familiäre Netzwerke zur Verfügung stehen.

An der Basis der sozialen und gesundheitlichen Versorgung von Älteren - bei sozialen Einrichtungen, Pflegediensten, sozialpsychiatrischen Diensten, in der Stadtteil- und Ge-



Fortsetzung

meinwesenarbeit oder der ehrenamtlichen Arbeit - weiß man längst sicher, dass Armut unter Älteren keine Einzelercheinung mehr ist, und auch kein vorübergehendes Phänomen sein wird. Sie existiert trotz staatlicher Hilfen wie der Grundsicherung und findet eher im Verborgenen statt.

Risikogruppen bekannt

Man kennt die Risikogruppen. Neben Frauen, Geringverdienern und Langzeitarbeitslosen gehören chronisch Kranke, Menschen mit Behinderungen, psychisch Kranke, Demenzkranke und ihre pflegenden Angehörigen dazu.

Vor Ort weiß man auch, dass Krankheit und Pflegebedürftigkeit das Armutsrisiko im Alter enorm erhöhen. Gesundheitszustand, soziale Integration, (nicht) vorhandene Unterstützung durch Netzwerke oder auch die Wohnsituation haben einen realen Einfluss auf die alltägliche Lebenssituation älterer Menschen. Dies kann die Folgen materieller Armut verstärken oder auch im günstigen Fall sehr verringern. Unstrittig ist, dass die finanzielle Lage allein nicht genügend über die tatsächliche Lebenssituation aussagt, sondern die gesamte Situation betrachtet werden muss.

Im gesundheitlichen Bereich liegen beispielsweise besondere Risiken. Mit Zuzahlungen, Praxisgebühren, Kosten für Hilfs- und Heilmittel und nicht-verschreibungspflichtige Medikamente sind für Ältere hohe finanzielle Belastungen verbunden, die durch Ausnahmeregelungen nicht ausreichend aufgefangen werden. Auch Dienstleistungen, die wegen eines kleiner werdenden sozialen Netzwerks und zunehmender Beeinträchtigungen



eingekauft werden müssen, treiben die Ausgaben in die Höhe.

Belastungen

Die Gründe dafür liegen in der ungleichen Verteilung von Belastungen und schützenden Faktoren. Auf der physischen und psychischen Ebene kann man z. B. Arbeitsplatzunsicherheit, die die Gesundheit beeinträchtigt oder auch monotone Arbeitsabläufe und schwere körperliche Belastungen dazu rechnen. Außerdem zählen die niedrigere Qualität der gesundheitlichen Versorgung zu den Belastungen und natürlich wirken auch Informations- und Wissensdefizite und ein entsprechendes Gesundheitsverhalten. Diese gesundheitliche Ungleichheit findet sich in allen Altersgruppen und offenbart sich insbesondere im Alter. Höchste Zeit also, über Altersarmut zu sprechen.

Ziel des Beitrags war es, deutlich zu machen, dass Armut unter älteren Menschen in Deutschland verbreitet ist und wie sich das über die materielle Notlage hinaus ausdrückt. Wer sich tiefergehend mit dieser Materie auseinandersetzt, stellt schnell fest, dass individuelles Versagen dabei eine höchst untergeordnete Rolle spielt.

Die Grafik zeigt die Lage im Jahr 2004 - alle Experten warnen: Das Thema Altersarmut wird in den kommenden Jahren gerade auch in Deutschland aufgrund vieler Faktoren zunehmende Bedeutung gewinnen.

Vielmehr ist gesellschaftliches Gegensteuern dringend erforderlich.

Die Aufgabe erfordert Engagement auf kommunaler und regionaler Ebene. Es sind Maßnahmen nötig, die auf die konkrete Situation vor Ort zugeschnitten sind und auch sozial benachteiligte und bildungsungewohnte Menschen erreichen. Genau hier liegt die große Herausforderung für kommunale Akteure. Sie müssen nicht nur Infrastrukturen in der medizinischen und pflegerischen Versorgung überdenken und anpassen, oder Beratung, Fahrdienste, mobile Einkaufsmöglichkeiten und haushaltsnahe Dienstleistungen initiieren, was allein schon eine Riesenaufgabe darstellt. Sie müssen auch Konzepte entwickeln, die ältere Menschen in prekären Lagen erreichen und ihre Beteiligung ermöglichen.

Diese Aufgabe darf nicht den oft unterfinanzierten Kommunen allein überlassen werden. Politische Entscheidungen müssen diesen Prozess mittragen und ebenso konkrete Unterstützung liefern. Vieles muss in diesem Zusammenhang diskutiert und geklärt werden. Es ist also höchste Zeit, über Altersarmut zu sprechen!

Dr. Antje Richter-Kornweitz